

Russland

"Mobilisierte können überall hingeschickt werden, auch in die Kampfzone"

28. November 2022, 14:11 Uhr | Lesezeit: 5 min

Sergej Kriwenko und seine Leute unterstützen Russen, die nicht zum Militär und in die Ukraine wollen. Doch Behörden und Gesetze erschweren es immer mehr, dem Einsatz zu entgehen.

Interview von Silke Bigalke, Moskau

Sergej Kriwenko berät russische Soldaten und Menschen, die keine werden wollen: Wer sich an ihn wendet, möchte meist den Militärdienst verweigern oder Angehörige aus der Armee nach Hause holen. Die Menschenrechtsorganisation "Bürger. Armee. Recht", die Kriwenko leitete, wurde in Russland längst zum ausländischen Agenten erklärt, deswegen lebt er im Exil und ist nur per Videoanruf erreichbar. Bestimmte Daten über russische Militärangehörige zu sammeln, ist verboten, und Kriwenko betont, dass er lediglich Rechtsberatungen anbietet und den Leuten erklärt, wie sie sich wehren können, ohne das Gesetz zu brechen. Die Möglichkeiten dazu schwinden zusehends.

SZ: Herr Kriwenko, immer mehr Frauen und Mütter berichten im Internet davon, dass ihre mobilisierten Männer und Söhne unvorbereitet und ohne Ausrüstung in den Krieg geschickt wurden.

Sergej Kriwenko: Zunächst muss man verstehen, dass diese Meldungen kein vollständiges Bild abgeben. Die Militärbehörden sprechen von 300 000 Mobilisierten, aber schon dazu gibt es viele Fragen. Journalisten haben versucht, die Lage mithilfe von Standesamtsbescheinigungen einzuschätzen, und sind auf 500 000 Mobilisierte gekommen. Die Nachrichten im Internet betreffen Dutzende, Hunderte oder Tausende, die Ausmaße sind schwer zu beurteilen.

Wahrscheinlich sind tatsächlich zwischen 30 000 und 50 000 Menschen nach der Mobilma- chung direkt in den Krieg geschickt worden, ohne Ausbildung. Die Militärbehörden sagen, sie hätten erst kürzlich in der Armee gedient, ihren Militärberuf noch nicht vergessen, bräuchten keine zusätzliche Vorbereitung. In gewissem Sinn ist das eine Lüge, weil die Verwaltung in der

Armee schlecht funktioniert. Es wurden sehr wahrscheinlich sehr viele nicht ausgebildete Menschen in die Ukraine geschickt.

Wohin genau werden sie geschickt?

Wir beraten anonym. Wir fragen die Militärangehörigen und ihre Verwandtschaft nicht nach persönlichen Daten oder danach, wo sie stationiert sind. Es gibt einen Geheimdiensterlass, der verbietet, all diese Daten bekannt zu geben. Deshalb fällt es schwer zu sagen, wohin die Mobilisierten geschickt wurden. Aber diejenigen, die in den Krieg geschickt wurden, beschweren sich über fehlende Kleidung, über das schlechte Kommando, über unklare Befehle, eine sehr schlechte Kommunikation, Probleme mit dem Essen. Es gibt viele solcher Beschwerden, das sind keine Einzelfälle.

Manche Frauen berichten, ihre mobilisierten Männer seien sofort an die vorderste Front geschickt worden. Kann das stimmen?

Während der Mobilmachung taten die Behörden so, als sei diese kein Einziehen in den Krieg, sondern eine Hilfe für die Armee. Als ob die Mobilisierten nicht an vorderster Frontlinie eingesetzt würden, sondern weit entfernt davon Unterstützung leisten würden. Das wurde im Fernsehen stark verbreitet, und auch von Mitarbeitern der Einberufungsbehörden. Es wurde von territorialer Verteidigung gesprochen, vom Dienst in den Grenzregionen und so weiter. Meiner Meinung nach war das die reinste Propaganda, weil es keine Dokumente darüber gibt, wie und wohin die Mobilisierten geschickt werden dürfen. Sie werden sofort zu Angehörigen des Militärs und können nach dem Gesetz überall hingeschickt werden, auch in die Kampfzone. Sie werden Vertragssoldaten gleichgestellt.

Die Region um die ostukrainische Stadt Swatowe wurde häufig genannt, dort sollen viele der Mobilisierten gefallen sein.

Bei Swatowe wird gekämpft. Diese Mitteilungen stammen meistens aus dem Internet: Mobilisierte ohne Ausbildung wurden in die Schlacht geschickt. Aber es gibt keine unabhängigen Quellen, die das bestätigen.

Was geschieht mit denjenigen, die an der Front eingesetzt werden und sich weigern weiterzukämpfen?

Die Situation von Militärangehörigen hat sich am 21. September stark verändert. In Putins Er-

lass über die Mobilmachung wird ihnen verboten zu kündigen. Für Militärangehörige gibt es jetzt nur noch drei Wege, aus der Armee auszutreten: ihren Gesundheitszustand, etwa eine schwere Verletzung, oder das Gefängnis. Oder sie sind zu alt für den Militärdienst.

Früher gab es andere Möglichkeiten. Denen, die nicht kämpfen wollten, haben wir nach Kriegsbeginn empfohlen, ihre Antikriegshaltung öffentlich zu machen und zu fordern, dass ihr Vertrag mit der Armee beendet wird. Es gibt schätzungsweise ein paar Tausend solcher Fälle in Russland - Soldaten, die ihre Verträge aufgrund ihrer Überzeugung aufgelöst haben. Doch seit dem 21. September darf man das nicht mehr.

Wer jetzt in der Ukraine eingesetzt wird, hat nur als Verwundeter eine Chance, nach Hause zu kommen?

Ja, nur wer verletzt ist oder ins Gefängnis gesperrt wird. Die anderen Militärangehörigen bleiben auf jeden Fall an der Front. Es ist für sie unmöglich zurückzukommen. Auch Soldaten, deren Vertrag ausgelaufen ist, müssen bleiben. Die Mobilisierten wurden ebenfalls für unbestimmte Zeit eingezogen. Damit sie zurückkommen können, braucht es einen neuen Präsidialerlass.

Zudem wird ihnen vorgeschlagen, Verträge mit dem Verteidigungsministerium abzuschließen, also für Geld zu Vertragssoldaten zu werden. Wer nicht unterzeichnet, dem wird ein Vertrag als angeblich Freiwilliger angeboten. Auch sie dürfen nicht ohne Präsidialerlass kündigen. Für alle Militärangehörigen gelten jetzt sehr harte Bedingungen. Sie wurden zu Sklaven oder zu Leibeigenen, man kann sie nennen, wie man will. Sie müssen dienen und am Krieg teilnehmen, unabhängig von ihren Wünschen.

Unabhängige russische Journalisten berichten, dass Verweigerer an der Front von den eigenen Leuten in Keller gesperrt werden.

Es gibt Berichte, dass die, die sich weigern, gesetzeswidrig in irgendwelche Strafanstalten gesperrt werden. Im Moment wird kein Verfahren gegen sie eingeleitet, aber man sperrt sie ein. Einen Bürger ohne Gerichtsbeschluss zu internieren, auch einen Militärangehörigen, ist gesetzeswidrig. Trotzdem gibt es jetzt offenbar solche Gefängnisse, in denen man sie unter Strafandrohung zwingt, an die Front zurückzukehren.

Was kann den Männern nach russischem Gesetz passieren, wenn sie sich weigern?

Vor Beginn der Mobilmachung wurde schnell das russische Strafgesetzbuch geändert, Strafen für Militärangehörige wurden verschärft. Das zeigt sich besonders in Artikel 332 des Strafgesetzbuches: Wer die Teilnahme am Krieg verweigert, dem drohen jetzt bis zu drei Jahre Freiheitsentzug. So was gab es früher nicht. Wer einen Befehl nicht erfüllt, dem drohen bis zu zehn Jahre. Auch für diejenigen, die sich eigenmächtig von ihrer Einheit entfernen, wurden die Strafen verschärft.

Manche Männer in Russland sagen jetzt, sie wollen lieber ins Gefängnis gehen als an die Front.

Solche Stimmen gibt es. Aber in Russland sind Gefängnisse sehr hart, deswegen ist auch das eine schwierige Wahl.

Hunderttausende sind mobilisiert worden, obwohl die Armee zu wenig Ressourcen für alle hat. War nicht absehbar, dass das im Chaos enden würde?

Das Militärrkommando lässt sich von Berichten leiten, von Papieren. Und auf dem Papier sieht alles mehr oder weniger gut aus. Die Armee hat Vorräte an Uniformen, Lebensmitteln. Doch wie Sie wissen, hat Russland zwei große Probleme: die Logistik und die Korruption. Es gibt Uniformen, aber nicht dort, wo man sie braucht, oder sie wurden gestohlen oder sind von schlechter Qualität. Die Situation wird noch problematischer werden, je mehr Mobilisierte es gibt, je länger all das dauert.

Kommt eine zweite Mobilmachungswelle?

Offensichtlich ja, wir befürchten das. Formell ist die Mobilmachung auch gar nicht beendet, es gibt dazu keinen Erlass. Jetzt gerade ist Einberufungszeit für Wehrpflichtige, diese Phase dauert bis Ende Dezember. Für die Einberufung sind dieselben Behörden zuständig wie für die Mobilmachung. Wenn die Neujahrsfeiertage vorbei sind, wird die zweite Mobilmachungswelle erwartet.

Einige Experten reden jetzt schon von einer totalen Mobilmachung: Angeblich gibt es Pläne, nicht Hunderttausende, sondern zwei Millionen einzuziehen. Andere sagen, dass die Ressourcen des Verteidigungsministeriums dafür nicht ausreichen. Die Mobilmachung ist in der Gesellschaft sehr unbeliebt, und die Behörden bereiten Instrumente vor, um Proteste zu unterdrücken. Auch das spricht dafür, dass es eine zweite Mobilmachungswelle geben könnte. Sehr wahrscheinlich kommt sie Mitte oder Ende Januar.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5704564

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/stad/mcs

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.